

Stephan Grigat/Jakob Hoffmann/Marc Seul/Andreas Stahl (Hg.), *Erinnern als höchste Form des Vergessens? [Um]Deutungen des Holocaust und der „Historikerstreit 2.0“*, Berlin: Verbrecher Verlag 2023, 469 S., 29,- €, ISBN: 978-3-95732-570-9

Der Sammelband basiert auf einer Online-Veranstaltungsreihe, die zwischen November 2021 und Mai 2022 über YouTube und Zoom zu verfolgen war. Er gliedert sich in drei Abschnitte: 1. Zur Präzedenzlosigkeit des Holocaust; 2. [Um] Deutungen des Holocaust und 3. Erinnerungsabwehr und Antisemitismus in der Gegenwart. Eigentlich beschäftigt sich nur der dritte Teil des Bandes mit dem Thema des Sammelbandes, also dem Erinnern und seiner vermeintlich höchsten Form des Vergessens in Verbindung mit dem „Historikerstreit 2.0“.

Nach einer etwas verwirrenden Einleitung der Herausgeber, die durch viele Zitationen kaum in einem Fluss zu lesen ist und keineswegs dem gewünschten breiten Zielpublikum dienlich sein wird, folgt ein ausgezeichnete Beitrag des Holocaustforschers *Stephan Lehnstaedt* zu den Vernichtungslagern Belzec, Sobibór und Treblinka („Aktion Reinhardt“). Lehnstaedt beendet seinen Beitrag mit dem wichtigen Hinweis, dass es noch viel zu tun gebe, um das Wissen über die „Aktion Reinhardt“ in seiner ganzen Dimension und seine zentrale Bedeutung für den Holocaust zu erfassen. Die „gezielte Verschleierung des Genozids“ durch die Nationalsozialisten bereite sowohl der Wissenschaft als auch der Öffentlichkeit noch immer Schwierigkeiten. Vielversprechend seien neuere archäologische und ikonographische Untersuchungen.

Der Sozialpsychologe *Rolf Pohl* setzt sich unter dem Titel „Ganz normale Massenmörder“ mit dem Normalitätsbegriff in der neueren NS-Täterforschung auseinander. Der Beitrag ist allerdings mehr als zehn Jahre alt und basiert auf Studien, die vor über 20 Jahren durchgeführt wurden. Meines Erachtens interpretiert Pohl etwa Christopher Brownings wegweisende Studie „Ganz normale Männer: Das Reserve-Polizeibataillon

101 und die ‚Endlösung‘ in Polen“ (Reinbek b. Hamburg 1993) zu einseitig. Es geht Browning nicht darum mit dem Normalitätsbegriff die Erinnerung an den Holocaust zu minimieren, sondern darum, die Täterforschung von den führenden NS-Größen und deren Entourage als den zentralen Protagonisten der ‚Endlösung‘, hin zu einer viel breiter angelegten Verantwortung für die Massenverbrechen zu wenden, also den Fokus auf diejenigen zu legen, die den Massenmord umgesetzt haben. Brownings Studie hat den Grundstein für die Erweiterung des Täterkreises gelegt und damit der Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass Schuld und Verantwortung nicht auf eine eng begrenzte NS-Führungsriege externalisiert werden können. Es scheint mir wichtig, dies auch vor dem Hintergrund der verschiedenen Phasen der Forschung über Nationalsozialismus und Holocaust seit ihren Anfängen bis heute zu diskutieren. Pohl verweist zurecht auf die Studie von Gerhard Paul und Klaus-Michel Mallmann zu Täterbiographien aus dem Jahr 2004. 2013 umreißt Frank Bajohr, Holocaustforscher am Institut für Zeitgeschichte in München, in einem Beitrag zur „Neueren Täterforschung“ das Thema wie folgt:

„Der in vielen Buchtiteln anzutreffende Hinweis auf die vermeintliche ‚Normalität‘ der Täter wirft deshalb die grundsätzliche Frage auf, ob eine ‚Täterforschung‘ im engeren Sinne überhaupt sinnvoll ist und nicht besser im Rahmen einer breit angelegten Gesellschaftsgeschichte des ‚Dritten Reichs‘ betrieben werden sollte. Die wachsende Konjunktur des Begriffs ‚Tätergesellschaft‘ illustriert dieses Grundproblem und deutet nicht nur die Schwierigkeiten an, ‚Täter‘ und ‚Gesellschaft‘ analytisch voneinander abzugrenzen. Der Topos ‚Tätergesellschaft‘ markiert auch den gleichermaßen problematischen Trend, den Täterbegriff inflationär auszuweiten und ihn mit der deutschen Gesellschaft der NS-Zeit kurzerhand gleichzusetzen.“

Bajohr betont darüber hinaus:

„Ohne den Krieg, der Tätern ungeahnte Handlungsmöglichkeiten verschaffte und spezifische Handlungsbedingungen schuf, die im zivilen Leben undenkbar waren, wäre eine vergleichbare Eskalation von Gewalt und Vernichtung nicht möglich gewesen.“

Der Krieg und die ihm zugrundeliegenden Feindbilder strukturierte Zugehörigkeiten, schuf einen spezifischen Referenzrahmen des Verhaltens und konfrontierte die Akteure mit Rollenerwartungen, denen sich die Mehrheit reibungslos anpasste.“¹ .

Fakt bleibt, dass Täterforschung sozialpsychologische Ansätze einbeziehen muss, aber dies immer im Kontext einer historiografischen Perspektive zu erfolgen hat, damit die Komplexität erfasst wird und ein Gesamtbild entstehen kann.

Der US-amerikanische Historiker *Stephen T. Katz* macht sich in seinem Beitrag „Gedanken über die ‚Einzigartigkeit‘ des Holocaust“. Er beginnt seine Ausführungen mit der Feststellung, die Mehrheit der Holocaust- und Genozidforscher würde der „Einzigartigkeit“ des Holocaust widersprechen. Hier stellt sich die Frage, ob er auch jene meint, die von der „Präzedenzlosigkeit“, wie etwa Yehuda Bauer, sprechen oder Katz sich nur auf die „Singularitätsthese“ bezieht. In jedem Fall ist der Behauptung zu widersprechen, dass die Mehrheit der Holocaustforscher den Massenmord an den europäischen Juden nicht als zumindest präzedenzlos bezeichnet. In der Genozidforschung mag die Aussage eher zutreffen. Ich würde mich eher Yehuda Bauer anschließen und die Shoah als präzedenzlos einordnen. Dies lässt im Gegensatz zur Singularitäts-/Einzigartigkeitsthese die Frage offen, ob sich ein solches Massenverbrechen nicht wiederholen kann. Katz geht es vor allem darum, eine Vergleichbarkeit mit anderen Massenmorden auszuschließen. Er bezeichnet einen solchen möglichen Vergleich als revisionistisch. Als Historikerin, die gewohnt ist mit Vergleichen zu arbeiten, um Ähnlichkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten, sehe ich diesen apodiktischen Ausschluss als problematisch. Es geht hier nicht um „Gleichsetzen“, sondern um „Vergleichen“ im wissenschaftlichen Sinn.

Jeffrey Herf, ebenfalls US-amerikanischer Historiker, bietet in seinem Beitrag „vergleichende Perspektiven zu

¹ Frank Bajohr, Neuere Täterforschung, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 18.06.2013, https://docupedia.de/zg/bajohr_neuere_taeterforschung_v1_de_2013, Zugriff am: 19.01.2026.

Antisemitismus, radikalem Antisemitismus während des Holocausts und amerikanischem weißem Rassismus“. Allerdings ist es schon etwas irritierend, dass Herf seine eigene Studie „The Jewish Enemy: Nazi Propaganda during World War II and the Holocaust“ (Cambridge 2006) als die „bisher umfangreichste Studie über die nationalsozialistische Interpretation der Rolle der Juden im Zweiten Weltkrieg“ (S. 120) bezeichnet. Selbst wenn dies zutrifft, so ist ein solches Eigenlob im deutschsprachigen Raum unüblich. Ob Hitler tatsächlich „selbst der Schlüssel zur Verbreitung des antisemitischen Narrativs“ (S. 129) war, ist meines Erachtens zu eng gefasst und schreibt Hitler – im Gegensatz zur neueren Forschung – eine Rolle zu, die der „Volksgemeinschaft“ die Verantwortung nimmt. Allerdings ist dieser Beitrag nahezu 20 Jahre alt und passt nicht so recht in den ersten Teil des Bandes, weil es hier nicht um die Präzedenzlosigkeit des Holocaust geht, sondern um die Vergleichbarkeit von Antisemitismus und Rassismus.

Es folgt ein Interview mit dem im Oktober 2024 verstorbenen Holocaustforscher Yehuda Bauer im Gespräch mit Jakob Hoffmann unter dem Titel „Der Holocaust war ein ideologisches Projekt“. Leider fehlt eine Angabe, wann dieses Interview stattgefunden hat. Yehuda Bauers These von der Präzedenzlosigkeit des Holocaust ist zuzustimmen. Im Laufe der Jahre ist er mehr und mehr zu der Überzeugung gekommen, dass dies der richtige Begriff sei; die Singularitätsthese hat er verworfen. Bauer hält es für einen großen Fehler, Antisemitismus mit Rassismus gleichzusetzen. Darin ist ihm zuzustimmen, allerdings kann der Antisemitismus durchaus rassistische Formen annehmen, wie dies etwa ab Ende des 19. Jahrhunderts mit der Einführung des Begriffs und den biologistisch-rassistischen Komponenten der Judenfeindschaft geschehen ist, die die Antisemitismusforschung als „modernen“ Antisemitismus bezeichnet und die eine zentrale Komponente des NS-Antisemitismus darstellte. Im Gegensatz zu Steven Katz plädiert Yehuda Bauer für die Vergleichbarkeit von Holocaust und anderen Genoziden (S. 153), weil – wie er sagt – der Vergleich ein grundlegendes Werkzeug der Geschichtswissenschaft ist.

Unterschiede und Ähnlichkeiten können so herausgearbeitet werden. Holocaustforscher – so Bauer – müssen sich auch mit der Erforschung anderer Genozide befassen. (S. 155) Unterschiede und damit die Präzedenzlosigkeit des Holocaust lägen in der Motivation. Zum ersten Mal sei ein Genozid ideologisch motiviert gewesen. (S. 158) Bauer widerspricht der These, dass die Gründung Israels Ergebnis des Holocaust ist. Es sei vielmehr Ergebnis der Überlebenden des Holocaust, die sich nach Kriegsende in verschiedenen Lagern für Displaced Persons in Deutschland, Österreich, Italien befanden und auf die Öffnung Palästinas für die jüdische Einwanderung drängten. (S. 159)

Der Historiker *Nicolas Berg* beschäftigt sich in seinem Beitrag mit den „Geschichtsdeutungen der deutschen Schuld. Anfänge und Grundfragen der NS- und Holocaustforschung in der frühen Bundesrepublik“. Berg verwendet bereits für die frühe Phase der Auseinandersetzung mit dem NS-Völkermord an den Juden den Begriff „Holocaust“. (S. 174) Es wäre wünschenswert gewesen, zumindest in einem Nebensatz zu thematisieren, dass sich erst nach der Ausstrahlung des Films „Holocaust“ im Fernsehen Ende der 1970er Jahre die Bezeichnung „Holocaust“ im deutschsprachigen Raum allmählich durchgesetzt hat. Berg beschreibt, wie der Diskurs über die Verbrechen nach innen durch eine „rhetorisch kunstvoll gestaltete Historiographie der Geschichtsvermeidung“ (S. 181) geprägt war. Abgewertet wurden jene, die die Flucht ins Exil gerettet hatte. Berg plädiert dafür, nicht zu fragen „was der Holocaust war“, sondern „was er ist“ (S. 192).

Jan Gerber, Historiker und Politikwissenschaftler spricht von einer „blockierten Wahrnehmung“ wenn es um die „Gedächtnisgeschichte des Holocaust geht“. Sein Beitrag beginnt mit der Erinnerung an die Ausstrahlung der fiktiven vierteiligen US-amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“, die 1979 in der Bundesrepublik (und in vielen anderen Ländern) gezeigt wurde. (S. 199) Allerdings lief sie nur in den 3. Programmen der ARD und diese Tatsache wäre eines Hinweises wert gewesen, weil sie zeigt, dass der Sender sich noch Ende der 1970er

Jahre nicht traute, die Geschichte der Familie Weiss im ersten Programm laufen zu lassen. Die Serie markiert in der Erinnerungsgeschichte der Bundesrepublik einen Wendepunkt. Die Möglichkeit der Identifizierung mit den Protagonisten hat anders als jeder Dokumentarfilm eine Welle der Betroffenheit ausgelöst. Gerber schreibt zurecht „strenggenommen begann die Gedächtniszeit des Holocaust erst in dieser Zeit“ (S. 200). Für die Phase der 1950er Jahre widmet Gerber allerdings meines Erachtens dem Nuklearkrieg und der Bedrohung durch die Atombombe viel zu viel Aufmerksamkeit. Seiner Meinung nach trat der Genozid an den Juden in dieser Zeit durch eine Fokussierung auf die nukleare Bedrohung in den Hintergrund bzw. verschwand sogar. (S. 205) Tatsächlich veränderte erst der Eichmann-Prozess 1961 in Jerusalem und der Frankfurter Auschwitz-Prozess den zeitgenössischen Blick auf den Nationalsozialismus und den Massenmord an den Juden.

Die Literaturwissenschaftlerin *Anja Thiele* thematisiert am Beispiel Peter Edels (eigentlich Hans Peter Hirschweh) die „Shoah in der Literatur jüdischer Kommunisten in der DDR“. Mit 26 Jahren ließ sich der jüdische Künstler und Schriftsteller, der die Shoah überlebt hatte, in seiner Heimatstadt Berlin nieder. Nachdem er zunächst in Westberlin lebte und dort immer wieder mit NS-Kontinuitäten konfrontiert wurde (S. 226), verlegte er seinen Wohnsitz 1949 nach Ostberlin. Bereits in den Jahren der Verfolgung hatte er Solidarität aus kommunistischen Kreisen erfahren und wollte sich nun – wie etliche andere Überlebende – am „antifaschistischen“ Wiederaufbau Deutschlands beteiligen. 1956 trat er in die SED ein (S. 233) und engagierte sich in antifaschistischen Vereinigungen, z.T. in leitender Funktion. 1978 verpflichtete er sich als Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit, starb allerdings 1983. In seinem Roman „Die Bilder des Zeugen Schattmann“ (1969) und in seiner Autobiographie „Wenn es ans Leben geht“ setzt der Autor sich mit seinen traumatischen Erfahrungen im Nationalsozialismus auseinander und versucht diese mit den „sozialistischen Deutungsmustern in Einklang zu bringen“ (S. 233), was notwendigerweise misslingen musste.

Der Philosoph und Sozialwissenschaftler *Ingo Elbe* skizziert „Hannah Arendts Bild des Holocaust – mit einem Ausblick auf seine postkolonialen Erben“. Elbe konstatiert, dass Arendt „zum wiederholten Male die eigentliche genozidale Intentionalität der Nationalsozialisten im Holocaust“ verfehle, „wenn sie die Kolonialmassaker und deren Hintergründideologien als Vorbild der Shoah begreift“ (S. 270). Der Autor verweist auf Arendts Aussage

„Es ist diese mit ihrer Weltlosigkeit gegebene Unwirklichkeit der Eingeborenenstämme, die zu den furchtbar mörderischen Vernichtungen und zur völligen Gesetzlosigkeit in Afrika verführt hat“ (S.270).

Arendt übernahm damit die Sichtweise der Kolonisatoren.

Der Literaturwissenschaftler *Steffen Klävers* geht auf die Problematik der in jüngster Zeit hitzig geführten wissenschaftlichen Debatten – die ihren Weg öffentlichkeitswirksam auch in die Feuilletons gefunden haben – um Postkolonialismus und die Deutungen des Holocaust ein, die auch als eine Art „Holocauststreit 2.0“ gedeutet werden. Vor allem geht es um die These, dass der Holocaust und dessen Gewaltgeschichte das Resultat eines kolonialistisch-imperialistischen Paradigmas sei, also an koloniale Traditionen anknüpfe. Die Kritiker solcher Überlegungen vermissen die Berücksichtigung der Spezifika von Nationalsozialismus und Holocaust und sehen in der These eine Relativierung bzw. Verschleierung des Holocaust. Klävers konstatiert, dass „postkoloniale Ansätze der Holocaustforschung auch immer ein Angriff auf das“ seien, „was man gemeinhin Singularitätsthese des Holocaust nennt“ (S. 292). Ein solches Argument allerdings setzt voraus, dass wir tatsächlich von der Singularität des Holocaust ausgehen. Dies wiederum schränkt eine wissenschaftliche Herangehensweise ein, die vergleichen muss, um Unterschiede, Ähnlichkeiten und Gegensätze herausarbeiten zu können. Wenn etwas singular ist, entzieht es sich jeglicher Vergleichsmöglichkeit und unterstellt zudem, dass sich etwas Ähnliches nicht wiederholen könne. Wissenschaftlern, die sich postkolonialen

Themen widmen, von vorneherein zu unterstellen, sie würden die Gewaltgeschichte des Holocaust ignorieren bzw. kleinreden, scheint mir nicht zielführend. Vielmehr müssten interdisziplinäre Ansätze zwischen Holocaustforschern und jenen Wissenschaftlern, die sich mit Postkolonialismus beschäftigen, viel stärker in den Vordergrund treten, um neue Erkenntnisse zu gewinnen, die für beide Forschungsrichtungen gewinnbringend sind. Klävers schließt mit der „Minimalforderung“ nach einem „besseren Verständnis des Antisemitismus in all seinen Manifestationen“ (S. 311) in der Debattenkultur. Hier ist ihm in gewisser Weise zuzustimmen, allerdings fokussiert er sich meines Erachtens zu einseitig auf nur einen Teil der Diskussionen. Es gibt durchaus eine Vielzahl von Stimmen, die die verschiedenen Formen des Antisemitismus, insbesondere diejenigen, die sich auf Israel beziehen, im Blick haben und sich differenziert und kompetent äußern.

Die Politikwissenschaftlerin *Ljiljana Radonić* forscht zur Erinnerungspolitik in Ostmittel- und Südosteuropa nach 1989 und zur Marginalisierung der Holocaust-Erinnerung in der Region. Unter Victor Orbán in Ungarn und ebenso in Polen während der PiS-Regierung fehlt bzw. fehlte die selbstkritische Auseinandersetzung mit den eigenen Verstrickungen der Länder in den Holocaust. Es erfolgte ein „Einzementieren angeblicher historischer ‚Wahrheiten‘“ (S. 331). Ungarns Verfassungspräambel leugnet die Mitverantwortung des Horthy-Regimes am Holocaust und in Polen wird die „Thematisierung polnischer Mitverantwortung“ nur zivilrechtlich und nicht mehr strafrechtlich verfolgt. (S. 321) In dieses polnische Szenarium passt die Glorifizierung der Ulma Familie. Das römisch-katholische Ehepaar hatte zwei jüdische Familien während des Holocaust versteckt und wurde mit ihren Kindern, gemeinsam mit den Untergetauchten, 1944 hingerichtet. Die Mitglieder der Familie wurden 2023 seliggesprochen. Medienwirksam wurde 2014 ein Ulma-Museum eröffnet und eine völlige Überhöhung der Zahl polnischer Retter kolportiert. „Die Demokratisierung der 1990-er Jahre“, so Ljiljana Radonić,

„eröffnete Freiräume für die Erinnerung an den Holocaust und das Sprechen über Antisemitismus – und ging gleichzeitig mit einem nationalistischem Geschichtsrevisionismus einher. Während der EU-Beitrittsbemühungen war die Holocaust-Erinnerung dann eine Art Eintrittssticket in die EU.“ (S. 332)

Die am Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Klagenfurt promovierende *Felicitas Kübler* beschäftigt sich mit Erinnerungsorten „zwischen mahnender Symbolik und Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse“ aus geografischer Perspektive. Es ist vom „postfaschistischen Deutschland“ die Rede (S. 348), eine Wortwahl, die mir problematisch erscheint. Historisch korrekt müsste es eher postnationalsozialistisch heißen. Weiter spricht die Autorin von der Totalität kapitalistischer Verhältnisse, die den empathischen Einblicken in das Leiden zuwiderliefen. Angemessen an die Ermordeten und Verfolgten des Nationalsozialismus zu erinnern, könne nur erfolgen, „wenn die gesellschaftlichen Voraussetzungen“ des Nationalsozialismus „überwunden würden“ (S. 348). Eine solche Einschätzung scheint mir die Komplexität der Shoah und des Nationalsozialismus insgesamt auszublenden und sich auf einseitige Erklärungen zu fokussieren.

Der Politikwissenschaftler *Samuel Salzborn*, Antisemitismusbeauftragter der Stadt Berlin, setzt sich mit „Schuldabwehr und Erinnerungsverweigerung“ auseinander. Er benennt die Brennpunkte antisemitischer Manifestationen, allerdings beginnt er mit islamistischem Terror und erwähnt dann erst „rechte und linke Verbündete des antisemitischen Mobs in Europa“ (S. 355). Immerhin findet neben dem Terrorismus, der im Namen des Islam erfolgt, auch der rechtsterroristische Antisemitismus gleichermaßen Erwähnung, wobei der Terminus „islamischer Antisemitismus“ verwendet wird. Ist es wirklich ein islamischer Antisemitismus und nicht vielmehr ein politisierter, also islamistischer Antisemitismus? In der gesamten Debatte, die sich in den letzten Jahren immer wieder auf Muslime fokussiert und dabei die Rechtsextremen randständiger erscheinen lässt, kommt es meines Erachtens

sehr auf Sensibilität bezüglich der Verwendung von Begriffen an, um nicht eine Religion oder deren Gläubige pauschal zu diskreditieren. Mit verkürzten Aussagen können komplexe Sachverhalte nicht adäquat eingeordnet werden und zu Defiziten in der antisemitismuskritischen Bildung führen. Dies gilt ebenso für die Verwendung des Schuld-Begriffs im Zusammenhang mit der „Tradierung einer Erinnerungsverweigerung“ (S. 355). Hier wird allzu pauschal von Schuld gesprochen. Es ist richtig, dass die Generation, die während der NS-Zeit Schuld auf sich geladen hat, thematisiert wird, aber daraus den Schluss zu ziehen, dass der heutige Antisemitismus die

„Unwilligkeit und die Unfähigkeit, die eigene Vergangenheit als eine Vergangenheit der unerträglichen Verstörung aufzuarbeiten“

beweist, ist eine verkürzte Sichtweise (S.356), die auch im Weiteren beibehalten wird. Hier offenbart sich eine Sicht auf die komplexe Erinnerungskultur, die nur als schwarz oder weiß wahrgenommen wird und die Zwischentöne vernachlässigt (S. 357). Nach Salzborn fußt auch der aktuelle Antisemitismus auf dieser „Erinnerungsverweigerung“. Damit fasst der Autor meines Erachtens die Komplexität der verschiedenen Formen des Antisemitismus und deren Ausprägungen zu eng. Es ist sicherlich richtig, eine Vielzahl antisemitischer Manifestationen einer verweigten Erinnerung zuzuschreiben, das trifft vor allem auf sekundäre Formen zu, die etwa eine Verzerrung und Trivialisierung des Holocaust nutzen, um Erinnerung zu tilgen, aber Formen des israelbezogenen Antisemitismus sind eben nicht ausschließlich einer verweigten Erinnerung zuzuschreiben.

Der Sozialwissenschaftler *Niklaas Machunsky* wirft der Philologin und Kulturanthropologin Aleida Assmann in seinem Essay zur „antizionistischen Aufhebung der Vergangenheitsbewältigung“, linken Revisionismus vor. (S. 375) Immer wieder taucht im Text der Begriff „Vergangenheitsbewältigung“ auf und wäre besser mit „Auseinandersetzung mit der

Vergangenheit“ umschrieben worden, denn bekanntlich ist eine Vergangenheit nicht zu bewältigen. In diesem Text geht es tatsächlich um die Frage nach einem Historikerstreit 2.0, wie er in den letzten Jahren häufig bezeichnet wird, also um die Vergleichbarkeit des Holocaust mit kolonialen Verbrechen. Machunsky allerdings unterscheidet nicht zwischen Vergleichen und Gleichsetzen, obwohl dies in den Debatten der zentrale Punkt ist. Wie in anderen Beiträgen dieses Sammelbandes auch, fehlt die Auseinandersetzung mit komplexen Sachverhalten und die Offenheit anderen wissenschaftlichen Zugängen gegenüber. Pauschal wird Aleida Assmann, als Aktivistin diffamiert (S.389), Charlotte Wiedemann und anderen vorgeworfen, sie würden einen linken Revisionismus betreiben. „Anders als der rechte leugnet der linke Revisionismus“, so Machunsky, „Auschwitz nicht, sondern deutet es zu einer Etappe des Fortschritts der Menschheit um.“ (S. 384) Dies gipfelt schließlich in der Unterstellung, wir hätten es hier mit linken Antisemiten zu tun. Hier soll keineswegs geleugnet werden, dass es einen linken Antisemitismus gibt, der sich häufig in israelbezogenen Formen äußert und vor allem an Universitäten und bei pro-palästinensischen Demonstrationen virulent ist, aber der Autor verlässt hier jegliche wissenschaftlichen Standards und bedient sich polemischer Unterstellungen. Man kann geteilter Meinung über die „Jerusalemser Erklärung zum Antisemitismus“ (JDA) und deren Wirksamkeit sein, die Assmann unterschrieben hat, aber der Autor setzt sich eben nicht mit den Inhalten der JDA auseinander, sondern verurteilt pauschal. Ich sehe die JDA durchaus kritisch und plädiere entschieden für die Arbeitsdefinition zum Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), aber es hilft auch nicht beide Definitionen ständig gegeneinander auszuspielen und sich nicht im Detail mit dem Für und Wider auseinanderzusetzen. In vielerlei Hinsicht ähneln sich beide Definitionen, wobei die JDA sich den Anstrich von Wissenschaftlichkeit gibt, die sie der IHRA abspricht. Die IHRA-Arbeitsdefinition war immer als Tool für die praktische Arbeit gedacht und nie als wissenschaftliche

Grundlage – übrigens im Gegensatz zu dem, was der Politikwissenschaftler Lars Rensmann in dem folgenden Beitrag behauptet (S. 430).

Lars Rensmann setzt sich mit der „Jerusalemener Erklärung‘ und der Antisemitismusforschung“ auseinander. Zum besseren Verständnis hätte dieser Beitrag eher vor Machunskys Ausführungen platziert werden müssen, denn Rensmann geht ausführlich auf beide Definitionen ein. Leider ist ihm – wie vielen anderen auch – entgangen, dass es einen Unterschied gibt zwischen der englischen Originalfassung der IHRA-Arbeitsdefinition bzw. deren deutscher Übersetzung auf der IHRA-Webseite und jener Fassung, die die Bundesregierung und das bundesdeutsche Parlament empfehlen. In der Originalfassung heißt es:

„Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.“

Dieser zentrale Satz fehlt in der in der Bundesrepublik im allgemeinen verwendeten Fassung und genau diese Lücke führt immer wieder zum Missbrauch der IHRA-Definition und ist Grundlage einer z.T. heftigen Kritik an ihr, die sich auch in der erst fünf Jahre nach Verabschiedung der IHRA-Definition veröffentlichten JDA spiegelt. Rensmann verweist auf die Studie von Edward H. Kaplan und Charles A. Small, die zeige, dass Antisemitismus stark mit dem Grad anti-israelischer Einstellungen korreliere, wobei die Studie 20 Jahre alt ist (S. 422). Neuere Untersuchungen wie etwa von Decker et al. sind differenzierter. So konstatieren diese etwa:

„Für die Bundesrepublik lässt sich zwar festhalten, dass sich im Antizionismus und im israelbezogenen Antisemitismus relativ offen ein Schuldabwehrantisemitismus zeigt. Aber die Frage ist damit noch nicht ausreichend beantwortet, lassen sich diese Ressentiments doch nicht nur in der deutschen Linken finden.“²

² Oliver Decker/Nina Heinke/Elmar Brähler, Das Aufbrechen des Antisemitismus in linken Milieus nach dem 07.10.2023 – Einige Befunde zur unterschätzten Präsenz von Ressentiments in linken Milieus und der Versuch einer gesellschaftstheoretischen Einordnung, in: *Zeitschrift für*

Rensmann unterstellt den Verfasser:innen der JDA, dahingehende empirische Befunde seien ihnen nicht bekannt und bezichtigt damit eine Reihe von Wissenschaftler:innen, die über Expertise im Bereich Holocaust- und Antisemitismusforschung verfügen, der Blindheit und Inkompetenz. Es hilft wenig, wenn Kolleg:innen der Wissenschaft derart denunziert werden, anstatt sich mit den Inhalten der Definition/Erklärung auseinanderzusetzen.

Am Ende dieses Sammelbandes beschäftigt sich die Politikwissenschaftlerin *Elke Rajal* mit „Holocaust Education und antisemitismuskritischer Bildungsarbeit im Lichte der Kritischen Theorie“. Zurecht weist Rajal darauf hin, dass „Holocaust Education“ nicht als „Tool der Menschenrechts- oder Demokratieerziehung instrumentalisiert werden“ (S. 458) soll. Ansonsten bietet der Beitrag nicht viel Neues und auch keine hilfreiche Anleitung, wie Holocaust Education und antisemitismuskritische Bildungsarbeit praktisch umsetzbar sind bzw. wie sie sich gegenseitig ergänzen können oder eben unterschiedliche Zugänge erfordern. In den letzten Jahren ist in diesem Bereich viel geforscht worden und etliche Organisationen, wie etwa jene, die im Kompetenznetzwerk Antisemitismus vernetzt sind, haben Methoden, Workshop-Tools, Games und Podcasts entwickelt, um auf die aktuellen Herausforderungen einer antisemitismuskritischen Bildung adäquat zu reagieren und sowohl in Schule als auch in der Erwachsenenbildung neue Wege zu gehen. Die Kritische Theorie, die Rajal hier – wie schon viele vor ihr – thematisiert, kann nur ein Teil der Antwort auf die aktuellen Zeitläufte sein.

An der ein oder anderen Stelle wäre ein sorgfältiges Lektorat dienlich gewesen. So wird Shoah mal mit, mal ohne „h“ geschrieben (etwa in der Einleitung). Auch wenn das Akronym „BRD“ – nicht nur in diesem Band – immer wieder verwendet wird, so ist es doch eine offiziell nicht existierende

Abkürzung, die in der DDR, aber auch in vielen linken Kreisen Anwendung fand bzw. findet. Das Münchner Institut gibt nicht die „Vierteljahreshefte“ oder „Vierteljahrhefte“, sondern die „Vierteljahrshefte“ heraus. Steven Katz spricht von „Russen“, die am 27. Januar 1945 Auschwitz befreiten (S. 99). Dies ist vermutlich auf den englischen Originalbeitrag zurückzuführen, hätte aber in „Sowjets“ oder „sowjetische Armee“ korrigiert werden müssen, weil es so historisch falsch ist. In dem Beitrag von Niklaas Machunsky ist in Bezug auf Israel und dessen Sicherheit als Teil der „deutschen Souveränität“ anstatt von deutscher Staatsräson die Rede (S. 377). Im selben Beitrag wird der Historiker Michael Wildt ohne „t“ geschrieben (S. 379).

Am Ende kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Autoren so gewählt wurden, dass sie der Denkrichtung der Herausgeber entsprechen und nicht komplexe Sachverhalte in all ihrer Differenziertheit spiegeln. Interessanterweise wird zudem den Opfern des Holocaust keine Stimme gegeben, die Perspektive der Betroffenen fehlt.

Zur Rezensentin:

Dr. Juliane Wetzel war von 1991 bis 2023 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin.